

- Vorlage: 029/2015
18. Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII
Vorlage: 039/2015
19. Kinderschutzmonitoring - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree (Berichtszeitraum 2014)
Vorlage: 040/2015
20. Grundsatz- und Baubeschluss zur Vorbereitung und Durchführung des grundhaften Ausbaus der K 6746, Abschnitt 10 - Ortsdurchfahrt Selchow
Vorlage: 043/2015
21. Baubeschluss zum weiteren Um- und Ausbau des Carl-Bechstein-Gymnasiums Erkner
Vorlage: 049/2015
22. Grundsatzbeschluss für die Nutzungsänderung zweier Industriehallen in Fürstenwalde (Odersun-Hallen) zu Verwaltungszwecken
Vorlage: 050/2015
23. Grundsatz- und Baubeschluss für die Sanierung der Unterrichtsräume einschließlich Akustik des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in der Frankfurter Str. 70 in 15517 Fürstenwalde
Vorlage: 051/2015
24. Grundsatz- und Baubeschluss zur Herrichtung der Außenanlagen einschließlich der Regen- und Schmutzwasser (RW/SW)-Leitungen an der Förderschule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt Lernen "Am Rund" in Erkner
Vorlage: 052/2015
25. Beschluss einer neuen Satzung über den Kostenersatz für Brandverhütungsschauen
Vorlage: 030/2015
26. Rettungsdienstgebührensatzung 2016
Vorlage: 057/2015
27. Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern/Flüchtlingen
Vorlage: 058/2015
28. Unterbringung aus der Erstaufnahme zugewiesener Personen in Wohnungen
Vorlage: 11/DIE LINKE/2015
29. Veränderungen in den Ausschüssen

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Berger stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Berger schlägt vor, den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE „Unterbringung aus der Erstaufnahme zugewiesener Personen in Wohnungen“ nach dem TOP 27 als TOP 28 zu behandeln. Der geänderten Tagesordnung wird von den Abgeordneten mehrheitlich zugestimmt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.09.2015

Die Niederschrift der Sitzung vom 30.09.2015 wird bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Runge aus Fürstenwalde bezieht sich in der Einwohnerfragestunde auf die Flüchtlingspolitik.

Er verweist darauf, dass ihm die derzeitige Situation „sehr zu Denken gibt“ und die Anzahl der Flüchtlinge nicht zu bewältigen ist. Er macht sich Gedanken über die Zukunft der Kinder und ist verwundert, woher die finanziellen Mittel für die Bewältigung der Flüchtlingspolitik kommen.

Herr Lindemann betont, dass der Landkreis Oder-Spree derzeit große Unterbringungsprobleme hat. Um Obdachlosigkeit vorzubeugen, müssen die Asylsuchenden zunächst auch in den ehemaligen Odersun-Hallen untergebracht werden. Herr Lindemann führt weiter aus, dass die von Herrn Runge gestellten Fragen derzeit vermehrt an ihn gestellt werden. Er betont, dass diese Fragen von der Verwaltung ernst genommen werden, es darauf jedoch keine leichten Antworten gibt. Er räumt ein, dass eine geballte Unterbringung von Menschen immer Probleme mit sich bringe.

Herr Lindemann gibt zu bedenken, dass viele Flüchtlinge traumatisiert sind, zur Langeweile verurteilt sind und deshalb auch Streitereien in größeren Unterkünften vorprogrammiert sind. Um solchen Konfliktsituationen vorzubeugen, müssen Gegenakzente gesetzt werden.

Es muss ein Konsens mit der Stadt Fürstenwalde gefunden werden, so muss auch mehr Präsenz von Polizei im Straßenbild vorhanden sein. Herr Lindemann verweist darauf, dass sichergestellt werden muss, dass in den Unterkünften Ordnung und Disziplin eingehalten werden.

Auch durch den Einsatz von Sozialpädagogen und vernünftigen Beschäftigungsmethoden können aggressive Verhaltensweisen verhindert werden.

Abschließend sagt Herr Dr. Berger, dass der Kreistag die Kreisverwaltung unterstützt und auch den Bürgern des Kreises zur Seite steht, um dieser Problematik gerecht zu werden.

Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates

Herr Buhrke informiert die Abgeordneten über den derzeitigen Stand der Unterbringung von 350 Flüchtlingen in die ehemaligen Odersun-Hallen. Hierbei handelt es sich um eine Zwischenlösung von 6 Monaten. Bei Notwendigkeit kann eine Verlängerung der Maßnahme erfolgen. Er verweist darauf, dass momentan die Beschaffung von Sanitärcontainern Probleme bereitet. Eine Unterbringung der Asylbewerber wird von der Verwaltung bis zum 15.12.2015 angestrebt. Ansonsten wird eine Unterbringung der Menschen nach Weihnachten vorgenommen.

Anschließend ergänzt Herr Lindemann, dass der Landrat zur Flüchtlingsproblematik den Notfall ausgerufen hat. Es wird die Obdachlosigkeit von mehreren 100 Menschen befürchtet. Derzeitig können 713 Personen nicht untergebracht werden. Knapp 1500 Menschen wurden bereits untergebracht. Herr Lindemann verweist darauf, dass er bereits im Kreisausschuss im Juni 2015 darauf hingewiesen hat, dass bei einer Weiterentwicklung der Unterbringungszahlen zum Ende des Jahres ein Desaster zu erwarten ist, wenn keine ausreichenden Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung stehen. Von den 1500 untergebrachten Menschen seien 250 Menschen in Notunterkünften untergebracht, so Herr Lindemann. Er sagt weiterhin, dass es wichtig wäre, in dieser Situation ein Gesamtkonzept zu entwickeln, in dem auch die auf uns zukommenden Risiken aufgezeigt werden.

Zu TOP 6 Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat

Es liegen keine schriftlichen Anfragen der Fraktionen an den Landrat vor.

Zu TOP 7 Ausbau von Photovoltaik, Solarthermie und Gründächern im Landkreis Oder-Spree Vorlage: 9/B90/Die Grünen/201

Frau Grabs, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Piraten, verweist darauf, dass auf dem vorliegenden Antrag 2 Änderungen in Absprache mit Frau Huschenbett und Herrn Buhrke vorgenommen wurden. Demnach soll die Solarthermie nur bei Bedarf eingesetzt werden und die Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Solaranlage erst mit dem Baubeschluss dem Bauausschuss vorzulegen ist. Frau Grabs bedankt sich bei Herrn Rengert und den Mitgliedern des Bauausschusses für die Zustimmung zum Antrag.

Pro m² Dachbegrünung können pro Jahr 5 – 7 kg CO₂ eingespart werden, so Frau Grabs. Als Beispiel nennt sie die dänische Hauptstadt Kopenhagen. Hier werden alle Dächer mit einer Dachneigung von 0° bis 30° begrünt. Bereits in 10 Jahren möchte Kopenhagen so die erste CO₂-neutrale Hauptstadt zu werden, so Frau Grabs.

Abschließend betont sie, dass sich der Landkreis Oder-Spree bei einer Zustimmung des Antrages maßgeblich am Klimaschutz beteiligen würde und gleichzeitig die Stromkosten erheblich gesenkt werden.

Eine Nachfrage von Frau Alter nach den Kosten zur Pflege der Gründächer wird von Frau Grabs beantwortet. Herr Dr. Zeschmann stimmt anschließend in seiner Rede dem Antrag zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten um die Abstimmung des Antrages der Fraktion B90/Die Grünen & Piraten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Ausbau von Photovoltaik und bei Bedarf Solarthermie mit den dazugehörigen Energiespeichern im Landkreis Oder-Spree auf seinen zukünftig zu bauenden und derzeit noch ungeplanten kommunalen Gebäuden.

Liegt eine negative Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Solaranlage vor, ist diese mit dem Baubeschluss dem Bauausschuss vorzulegen. In diesem Fall sollte bei Dachneigungen von 0° bis 30° ein Gründach zum Einsatz kommen.

Optional kann eine Kombination aus Dachbegrünung und Solaranlage als ökologischste Form der Dachnutzung erfolgen.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 6 Enthaltung 8

Zu TOP 8 Überarbeitung bzw. Neufassung von Satzungen
Vorlage: 10/DIE LINKE/2015

Frau Dr. Jaksch, Fraktion DIE LINKE, erläutert kurz die Notwendigkeit der Überprüfung und gegebenenfalls eine Überarbeitung der teilweise 20 Jahre alten Regelungen in den Satzungen. Frau Kilian, SPD-Fraktionsvorsitzende, beantragt, dass der vorliegende Antrag zunächst in den Finanzausschuss zurückverwiesen wird.

Herr Dr. Berger bittet dann die Abgeordneten um Abstimmung zum Verweis des Antrages in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnisse:

MH Ja, 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, bis zur Sitzung des Kreistages im April 2016

1. die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung innerhalb des Landkreises Oder-Spree (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree Nr. 9 vom 19.11.2001) in der Fassung der 1. Änderung vom 22.02.2005 (Amtsblatt des Landkreises Oder-Spree Nr. 2 vom 18.03.2005)
2. die Satzung über die Benutzung von Übergangswohnheimen vom 01. November 1995 (Amtsblatt Nr. 19 vom 29.11.1995) in der Fassung der 1. Änderung, Beschluss 126/23/96 vom 17.12.96 (Amtsblatt Nr. 29 vom 12.02.97)
3. die Satzung zur Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen im Landkreis Oder-Spree vom 22.10.1997

zu überprüfen und gegebenenfalls dem Kreistag eine überarbeitete Fassung zur Beschlussfassung oder einen Vorschlag zur Aufhebung vorzulegen.

zurückverwiesen

Enthaltung 2

Zu TOP 9 Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 045/2015

Herr Dr. Zeschmann bedankt sich zunächst beim Rechnungsprüfungsamt für die geleistete Arbeit zur Erstellung des Prüfberichtes 2013. Da es sich hierbei um Steuergelder von Bürgern handelt, ist es selbstverständlich, dass von der Verwaltung die Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes aufgenommen und auch umgesetzt werden, so Herr Dr. Zeschmann.

Er empfiehlt den Abgeordneten, doch mehr Augenmerk auf die Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes zu legen. Abschließend sagt er, dass er auf Grund der Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes mindestens enthalten wird.

Herr Buhrke verweist abschließend darauf, dass das Rechnungsprüfungsamt gute Arbeit geleistet hat. Er betont, dass die Hinweise und Anregungen natürlich ernst genommen werden und nennt Beispiele, wie die Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes in die Praxis umgesetzt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder – Spree für das Haushaltsjahr 2013.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 4

Zu TOP 10 **Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 046/2015**

Zur Vorlage 046/2015 gibt es keine Wortmeldungen.

Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, den Landrat des Landkreises Oder - Spree für das Haushaltsjahr 2013 zu entlasten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 4

Zu TOP 11 **Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Fahrzeugen des ÖPNV (Beschluss Kreistag vom 22.02.2005; Drucksache 5/2005)
Vorlage: 047/2015**

Da es zur Vorlage 047/2015 ebenfalls keine Wortmeldungen gibt, lässt Herr Dr. Berger die Abgeordneten über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die 1. Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV (siehe Anlage) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 12 **ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2016 des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV
Vorlage: 048/2015**

Herr Wende, Fraktion DIE LINKE, regt an, Diskussionsrunden mit den Kommunen mit dem Ziel zu führen, reale Bedarfe für den ÖPNV zu erfassen.

Anschließend erklärt Herr Buhrke, dass es sich bei den Ausführungen von Herrn Wende um eine Thematik handelt, die die Fortschreibung des ÖPNV betrifft.
Weitere Wortmeldungen hierzu gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 048/2015.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt entsprechend des ÖPNV-Gesetzes vom 14.03.2014 in seiner gültigen Fassung und der ÖPNV-Finanzierungsverordnung (ÖPNV-FV) des Landes Brandenburg zuletzt geändert durch die vierte Verordnung zur Änderung der ÖPNV-FV vom 28.8.2014 sowie der Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV vom 02.12.2015 und dem Zuwendungsbescheid des Landes Brandenburg vom 03.08.2015 für das Jahr 2016 den ÖPNV-Investitionsplan des Landkreises Oder-Spree für das Jahr 2016 (Anlage) und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung 2

**Zu TOP 13 Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung -
Vorlage: 053/2015**

Zur Vorlage 053/2015 gibt es keine Wortmeldungen und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die 3. Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung - vom 02. 12. 2015 (Anlage 1)

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 1

**Zu TOP 14 Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung -Abfallgebührensatzung-
Vorlage: 054/2015**

Zur Vorlage 054/2015 gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen.
Herr Dr. Berger lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die 3. Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung – Abfallgebührensatzung – vom 02.12.2015 (Anlage 1).

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 1

**Zu TOP 15 Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen - Benutzungsgebührensatzung -
Vorlage: 055/2015**

Herr Dr. Berger lässt über die Vorlage 055/2015 abstimmen, da es keine Wortmeldungen gibt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die 3. Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen – Benutzungsgebührensatzung – vom 02.12.2015 (Anlage 1).

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2

**Zu TOP 16 Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt
Vorlage: 021/2015**

Zur Vorlage 021/2015 gibt es keine Nachfragen und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis übernimmt die Betreuung des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt ab dem 01.01.2016.

Der Landrat wird beauftragt:

1. eine dreiseitige Vereinbarung über den Betrieb des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg, dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Eisenhüttenstadt abzuschließen (Anlage 1);
2. eine zweiseitige Vereinbarung über die Finanzierung des Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg und dem Landkreis Oder-Spree abzuschließen (Anlage 2);
3. eine Vereinbarung zum Eigentumsübergang (Schenkung) der Sammlung an den Landkreis Oder-Spree zwischen der Stadt Eisenhüttenstadt und dem Landkreis Oder-Spree abzuschließen (Anlage 3).
4. Verträge zur mietfreien Nutzung des Ausstellungsgebäudes und der Depots zwischen der Stadt Eisenhüttenstadt und dem Landkreis Oder-Spree abzuschließen (Anlagen 4, 5, 6).

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung 6

**Zu TOP 17 Antrag des Trägers Future e.V. zur Aufnahme des Hortes "Klappstulle"
in der Stadt Erkner in den Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung des
Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 029/2015**

Herr Dr. Berger bittet um die Abstimmung der Vorlage 029/2015, da es ebenfalls keine Wortmeldungen gibt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufnahme des Hortes „Klappstulle“ in Erkner in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises zum 01.01.2016

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 18 Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewäh-
rung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII
Vorlage: 039/2015**

Herr Dr. Berger lässt über die Vorlage 039/2015 abstimmen.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die geänderte „Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII“ vom 01.01.2012 mit Wirkung ab 01.01.2016.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 19 Kinderschutzmonitoring - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und
Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindes-
wohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree (Berichtszeitraum 2014)
Vorlage: 040/2015**

Zur Vorlage 040/2015 gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen, so dass Herr Dr. Berger die Abgeordneten über die Vorlage abstimmen lässt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt das "Kinderschutzmonitoring 2014" als Fortschreibung der Kinderschutzberichterstattung im Landkreis Oder-Spree.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 20 Grundsatz- und Baubeschluss zur Vorbereitung und Durchführung des
grundhaften Ausbaus der K 6746, Abschnitt 10 - Ortsdurchfahrt
Selchow
Vorlage: 043/2015**

Zur Vorlage 043/2015 gibt es keine Wortmeldungen.

Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um ihre Abstimmung zur Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung und baulichen Realisierung des Ausbaus der K 6746, Abschnitt 10 der Ortsdurchfahrt Selchow, Baulänge 1.052 m.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Fördermittelbereitstellung durch den Landesbetriebs Straßenwesen, Niederlassung Ost.

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 21 Baubeschluss zum weiteren Um- und Ausbau des Carl-Bechstein-
Gymnasiums Erkner
Vorlage: 049/2015**

Frau Grabs bringt ihren Unmut zum Ausdruck, dass zum Bauvorhaben Gymnasium Erkner die zugesagte Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht vorliegt.

Sie betont, dass sie die aufgeführten Punkte in der vorliegenden Tischvorlage so nicht nachvollziehen kann.

Herr Dr. Zeschmann möchte eine Erklärung für die Erhöhung der Kosten um ca. 2,5 Mio € auf 13.438.990,00 € .Er betont, dass sich die Verwaltung auf der Grundlage der alten Kostenschätzung von 10,9 Mio € für einen Neubau entschieden hatte. Er gibt zu bedenken, dass es sich hierbei um Steuergelder handelt, die nicht mal so ausgegeben werden können.

Aus den genannten Gründen wird er der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Abschließend erklärt Herr Buhrke, dass die Fragen zu den Mehrkosten bereits mehrfach in den Fachausschüssen diskutiert wurden und erklärt, dass die überwiegenden Mehrkosten aus Vergabeentscheidungen resultieren. Weitere Wortmeldungen hierzu gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 049/2015.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung der Vorbereitung und Durchführung der Erweiterung des Carl-Bechstein-Gymnasiums" Neu Zittauer Straße 1 - 2 in Erkner.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 6

**Zu TOP 22 Grundsatzbeschluss für die Nutzungsänderung zweier Industriehallen
in Fürstenwalde (Odersun-Hallen) zu Verwaltungszwecken
Vorlage: 050/2015**

Herr Dr. Zeschmann kann die „Kostenexplosion“ nach der ersten Schätzung von 1,7 Mio Euro auf jetzt 5,8 Mio Euro nicht nachvollziehen.

Herr Kaufmann, Fraktion B-J-A, FDP & BVFO, ist der Meinung, dass der derzeitige Name der ehemaligen Odersun-Industriehallen geändert werden sollte.

Herr Dr. Sradnick, Fraktion Die Linke, betont, dass die Unterbringung von Flüchtlingen nur eine Zwischenlösung bleiben darf und die Entwicklung des Projektes parallel weiter laufen sollte.

Herr Buhrke verweist darauf, dass die von Herrn Dr. Zeschmann gestellten Fragen bereits in den Fachausschüssen ausführlich besprochen wurden. Weil sich die Aufgabenstellung verändert hat, haben sich auch die Kosten erhöht, so Herr Buhrke.

Entlastungen werden durch Mietzahlungen des THW und durch die Aufgabe von verschiedenen Standorten entstehen. Er verweist auf die vorliegende Tischvorlage über den Freizug von Immobilien nach Fertigstellung der Odersun-Hallen.

Abschließend verweist Herr Wende darauf, dass er den Argumenten von Herrn Dr. Zeschmann nicht folgen kann und ist der Meinung, dass seitens der Verwaltung die richtige Entscheidung getroffen wurde. Er regt an, dass die Behörde für die Betreuung der Flüchtlinge ihren Dienstsitz von Beeskow nach Fürstenwalde verlegt. Dies begründet er mit der höchsten Konzentration von Flüchtlingen in Fürstenwalde und Umgebung.

Weitere Nachfragen gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 050/2015.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung für die Nutzungsänderung der ehemaligen Odersun-Industriehallen, Lise-Meitner-Str. 11, 15517 Fürstenwalde, für Verwaltungszwecke zu beauftragen.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 4

**Zu TOP 23 Grundsatz- und Baubeschluss für die Sanierung der Unterrichtsräume
einschließlich Akustik des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in der
Frankfurter Str. 70 in 15517 Fürstenwalde
Vorlage: 051/2015**

Zur Vorlage 051/2015 gibt es keine Wortmeldungen und Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt, die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung der Sanierung der Unterrichtsräume einschließlich Akustik des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in der Frankfurter Str. 70, in 15517 Fürstenwalde/Spree

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 24 Grundsatz- und Baubeschluss zur Herrichtung der Außenanlagen einschließlich der Regen- und Schmutzwasser (RW/SW)-Leitungen an der Förderschule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt Lernen "Am Rund" in Erkner
Vorlage: 052/2015**

Zur Vorlage 052/2015 gibt es keine Wortmeldungen und Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fasst den Grundsatz- und Baubeschluss zur Herrichtung der Außenanlagen einschließlich der RW/SW-Leitungen an der Förderschule mit sonderpädagogischem Schwerpunkt „Lernen“ Am Rund in 15537 Erkner.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 25 Beschluss einer neuen Satzung über den Kostenersatz für Brandverhütungsschauen
Vorlage: 030/2015**

Auch zur Vorlage 030/2015 gibt es keine Wortmeldungen, so dass Herr Dr. Berger über die Vorlage abstimmen lässt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Satzung über den Kostenersatz für Brandverhütungsschauen zu erlasse. Gleichzeitig tritt die bestehende Satzung über den Kostenersatz für die Durchführung von Brandverhütungsschauen vom 05.12.2007 außer Kraft.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 3 Enthaltung 1

**Zu TOP 26 Rettungsdienstgebührensatzung 2016
Vorlage: 057/2015**

Herr Dr. Berger lässt über die Vorlage 057/2015 abstimmen. Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Gebührensatzung für den Rettungsdienst 2016

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 27 Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern/Flüchtlingen
Vorlage: 058/2015**

Herr Beier, NPD, fragt nach, warum die in der Anlage aufgeführten Kosten für die Aufnahme von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen so hoch sind.

Frau Dr. Weser erläutert, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge über die Jugendhilfe versorgt und betreut werden. Die Zahlen für diese Flüchtlinge werden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Für den Landkreis Oder-Spree sind die Zahlen auf 300 Personen gestiegen. Dadurch ergeben sich die hohen Kosten von 3.273.800,00 €.

Weitere Wortmeldungen hierzu gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage 058/2015.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die durch den Kämmerer bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern/Flüchtlingen zur Kenntnis und bestätigt die gemäß § 5, Punkt 3.1. der Haushaltssatzung bewilligten erheblichen Mehraufwendungen.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 2

**Zu TOP 28 Unterbringung aus der Erstaufnahme zugewiesener Personen in Wohnungen
Vorlage: 11/DIE LINKE/2015**

Frau Dr. Jaksch, bezieht sich auf den Dringlichkeitsantrag und betont, dass wegen der Dringlichkeit der Unterbringung der Asylbewerber in Wohnungen eine Aufstockung von vier Stellen gerechtfertigt ist.

Herr Hilke kann dem Dringlichkeitsantrag nicht folgen, da keine Wohnungen zur Unterbringung von Asylbewerbern vorhanden sind.

Herr Dr. Zeschmann betont, dass Wohnungsangebote vorhanden sind und das vorhandene Personal der Verwaltung jedoch nicht ausreichend vorhanden ist, um alle vorliegenden Wohnungsangebote zu prüfen. Er verweist darauf, dass die zusätzlichen Stellen auch nur vorübergehend geschaffen werden könnten, solange die Notwendigkeit besteht.

Daraufhin sagt Herr Lindemann, dass man sich nicht nur auf die Unterbringung in Wohnungen konzentrieren sollte, sondern zunächst dringend Gemeinschaftsunterkünfte gebraucht werden. Hier sollte immer nach Bedarfsgesichtspunkten und nach Lage der Dinge entschieden werden.

Herr Hilke beantragt anschließend, dass der Dringlichkeitsantrag in die Fachausschüssen verwiesen wird.

Frau Dr. Weser erläutert, dass wegen der Dringlichkeit im Sozialamt ein neues Sachgebiet geschaffen wurde und bereits 1 Sachgebietsleiter und 4 weitere Stellen geschaffen wurden, um die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu gewährleisten.

Herr Dr. Zeschmann sagt dann, dass er wegen der Dringlichkeit dagegen ist, den Antrag in die Fachausschüsse zu verweisen.

Frau Kilian, SPD-Fraktionsvorsitzende, ist der Meinung, dass sich die Verwaltung zunächst über die benötigten Stellen äußern müsse, um handlungsfähig zu sein.

Frau Niels, Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen & Piraten verweist darauf, dass sie sich mehr Informationen seitens der Verwaltung über aktuelle Ereignisse wünscht. Ihre Fraktion ist bereit, dabei unterstützend zur Seite zu stehen, so Frau Niels.

Frau Jaksch erklärt danach, dass sie nicht einverstanden ist, wegen der Dringlichkeit den Antrag in die Ausschüsse zu verweisen.

Frau Prof. Böhm, Fraktion Die Linke, schlägt anschließend vor, den Dringlichkeitsantrag im Punkt 1. wie folgt zu verändern:

„Der Landrat wird beauftragt, die personelle Ausstattung der für die Bearbeitung der mit der Unterbringung von zugewiesenen Asylbewerbern in Wohnungen beauftragten Struktur zu sichern und vorübergehend personell im nötigen Maße zu erweitern.“

Abschließend bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten zunächst um ihre Abstimmung zum Antrag von Herrn Hilke, den Dringlichkeitsantrag in die Ausschüsse zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja, 24 Nein, 7 Enthaltungen

Danach bittet Herr Dr. Berger um die Abstimmung des veränderten Dringlichkeitsantrages.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja, 2 Nein, 10 Enthaltung

Zu TOP 29 Veränderungen in den Ausschüssen

Herr Dr. Berger nennt den Abgeordneten die von der Fraktion BVB/Freie Wähler vorgeschlagenen sachkundigen Einwohner für folgende Ausschüsse:

Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr: Herr Herbert Bothe

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport: Frau Sylvia Mazur

Ausschuss für Soziales und Gesundheit: Herr Mario Tamme

Ausschuss für Haushalt und Finanzen: Dieter Arnold

Danach bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten um Abstimmung der genannten Personen.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 1

Dr. Franz H. Berger
Vorsitzender des Kreistages

gez.
Renate Wießner
Protokollantin